

Green News

Das Online-Magazin der Gewerkschaft der Polizei in Bayern



Ausgabe 12/2013

30. Juli 2013

GdP war bei Vereidigung vor Ort

Es herrschten Temperaturen wie in der Sahara, als am 27.07.2013 in Nürnberg 937 Kollegen und 298 Kolleginnen im Alter zwischen 17 und 37 Jahren in der Frankenhalle vereidigt wurden. Deshalb wurde erstmals eine Vereidigung der jungen Kolleginnen und Kollegen in der Anzugsordnung „kurzes Hemd – ohne Jacke“ durchgeführt.

Ein GdP-Betreuungsteam aus den Bezirksgruppen Bereitschaftspolizei und Mittelfranken begrüßte die angereisten Kolleginnen und Kollegen und übergab ihnen den begehrten „Vereidigungskugelschreiber“.

kräften waren, bekamen deshalb am Rande der Vereidigung vom bayerischen Innenminister eine Dankesurkunde und eine Anstecknadel für ihren vorbildlichen Einsatz überreicht.

Die vereidigten Kolleginnen und Kollegen im Alter zwischen 17 und 37 Jahren traten zum 1. September 2012 und 1. März 2013 ihren Dienst bei den Ausbildungsstandorten der Bayerischen Bereitschaftspolizei in Eichstätt, Würzburg, Königsbrunn, Dachau, Sulzbach Rosenberg/Nabburg und Ainring an. Dazu gehören auch Spitzensportlerinnen und Spitzensportler der im vergangenen Jahr gegründeten Spitzensportfördergruppe der Bay-



Das Foto zeigt das GdP-Betreuungsteam. Dahinter ist einer der vielen Busse zu erkennen, mit denen die Kolleginnen und Kollegen angereist sind.

Laut Bayerischem Staatsministerium des Innern stand dieses Mal besonders das Motto ‚Die Polizei - Dein Freund und Helfer‘ im Vordergrund, das für die Bayerische Polizei rund um die Uhr gelte. Innenminister Herrmann: „Erst vor einigen Wochen hat die Bayerische Polizei in den vom Hochwasser betroffenen Gebieten Hervorragendes geleistet“, so Herrmann. Etwa 3.000 Polizistinnen und Polizisten halfen in Bayern tatkräftig neben den tausenden ehrenamtlichen Helfern beim größten Katastropheneinsatz der letzten Jahrzehnte. Die rund 400 Beamtinnen und Beamte in Ausbildung, die unter den polizeilichen Einsatz-

erischen Polizei wie Florian Funk und Tim Brendel, den beiden Juniorenweltmeistern im Rennrodeln 2013, die erst kürzlich den Bayerischen Sportpreis in der Kategorie ‚Herausragender Nachwuchssportler‘ erhalten haben. Neben jungen Kolleginnen und Kollegen mit Migrationshintergrund sind auch Polizeianwärter mit slowenischer, österreichischer, italienischer, bosnischer, serbischer, kroatischer und tschechischer Staatsangehörigkeit unter den Auszubildenden.

Quelle: Pressemitteilung des Bayer. Staatsministerium des Innern vom 27.07.2013



Bericht aus dem Landtag in Sachen Digitalfunk

Jüngst berichtete StS Eck über den Sachstand Digitalfunk im Innenausschuss des Bayer. Landtags. Zunächst ging es auch aufgrund eingereicherter Petitionen um evtl. Gesundheitsgefahren. Hier unterstrich StS Eck, dass Bayern die bundesweit einheitlichen Grenzwerte erheblich unterschreitet und bislang keine einzige Studie Gesundheitsschädigungen beweisen konnte. Daher ist am weiteren Ausbau, der bis Ende 2015 bayernweit abgeschlossen sein soll, festzuhalten. Von aktuell geplanten 893 Funkstandorten sind derzeit 870 gesichert, davon bereits 672 gebaut. Lediglich bei 23 Standorten gibt es noch Diskussionen und Bürgereingaben, die möglichst im Konsens gelöst werden sollen. Die anfängliche „Geheimniskrämerei“ sei vom Bund vorgegeben gewesen, wurde aber inzwischen aufgrund der Initiative Bayerns aufgehoben, da ja ein 30-60 m hoher Mast ohnehin für jeden sichtbar ist, so Herr Eck. Von nahezu allen Fraktionen wurde die Kostenexplosion von ursprünglich geplanten 700 Millionen Euro auf nun gut 1

Mrd. beanstandet, dies habe auch der Oberste Rechnungshof als „finanziellen Blindflug“ gezeigelt. Hier wies StS Eck darauf hin, dass man auch die technische Weiterentwicklung und die Ausweitung auf alle BOS-Dienste sehen muss. Außerdem habe Bayern im Gegensatz zu anderen Bundesländern höhere Anforderungen an die Qualität gestellt und auch die Betriebskosten für 10 Jahre Projektlaufzeit eingerechnet. Ursprünglich ging es um einen Ersatz des Analogfunks alleine für die Polizei, jetzt sollen alle BOS ausgestattet werden, GPS-Signal, Alarmierung (z.B. der Feuerwehren) sowie später auch Übertragung von Bild- und anderen Dateien sind technische Weiterentwicklungen, die das Gesamtvorhaben natürlich verteuern. Letztlich soll ja vermieden werden, dass beim Rollout bereits wieder veraltete Technik zur Auslieferung kommen, so StS Eck. Trotz diverser Meinungsverschiedenheiten war jedenfalls ein gemeinsames Ziel aller Parteien festzustellen: Bayern soll schnellstmöglich digital funken – ganz im Sinne der GdP (PSch).

Wahlprüfsteine der GdP Bayern zur Landtagswahl am 15.9.2013



Die GdP hat im Vorfeld der Landtagswahl die im Bayer. Landtag vertretenen Fraktionen mit diversen Polizeithemen mit sog. „Wahlprüfsteinen“ angeschrieben (s.a. DP Heft 8/13). Die ausführlichen Antworten der Fraktionen findet Ihr in unserem Mitgliederbereich unter <https://www.gdp.de/gdp/gdpbay.nsf/id/Wahlpruefsteine?open&login>.

Der DGB Bayern hat ebenfalls eine eigene Website für die Stellungnahmen der bayerischen Abgeordneten zur Wiederwahl eingerichtet, auf denen diese zu sozialen Themen (z.B. Mindestlohn, Rente, gute Bildung, etc.) antworten konnten – siehe <http://www.kandidatencheck.de>

GdP-Bundesvorsitzender Malchow im Interview: „Die NSA-Debatte hat uns in die Defensive gebracht“

Der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Oliver Malchow, hat „Handelsblatt online“ ein ausführliches Interview zu aktuell politischen Themen gegeben, das am Freitag veröffentlicht wurde. Die GdP dokumentiert mit Einverständnis der Zeitung nachfolgend den Wortlaut des Gesprächs.

Haben Sie Verständnis für die heftige Diskussion, die derzeit über die Ausspähaktionen geführt wird?

Ich kann verstehen, dass man darüber diskutiert, welche Ausmaße das hat. Aber so zu tun, als ob es kein Spähen gebe, ist natürlich abwegig. Es gehört zu Aufgaben von Nachrichtendiensten weltweit Informationen zu besorgen. Aber der Umfang der NSA-Abhöraktionen, wenn er denn so stimmt, wie behauptet wird, ist deutlich überzogen.

In Deutschland steht derzeit das NSA-Spähprogramm XKeyscore im Mittelpunkt des Interesses. Es ermöglicht, viele Millionen Datensätze zu erfassen und auszuwerten. Umstrit-

ten ist, ob auch die deutschen Nachrichtendienste das Programm nutzen sollen bzw. dürfen – was meinen Sie?

Die Frage, welche Instrumente deutsche Dienste nutzen, muss sich immer an unserer Rechtslage orientieren. Wenn die Hilfsmittel ausländischer Dienste damit nicht konform gehen, dann dürfen sie in Deutschland von deutschen Behörden auch nicht eingesetzt werden.

Ist es wirklich erforderlich, anlasslos den gesamten Telefon- und Internet-Verkehr auszuspähen?

Hier unterscheiden sich Polizei und Geheimdienste. Dienste haben eine Lage festzustellen und zu beurteilen. Sie müssen, auch anlasslos Informationen gewinnen können. Polizei darf das nicht. Bei uns muss es immer einen Anlass geben, eine Anzeige beispielsweise oder einen konkreten Anfangsverdacht. Ob, wann und in welchem Umfang auf sensible Daten zugegriffen wird, entscheiden Richter und Staatsanwälte. Aber auch

GdP-Bundesvorsitzender Malchow im Interview

Geheimdienste müssen sich an deutsches Recht halten, hat die Kanzlerin jüngst gesagt. Das heißt: Anlasslos Daten abzugreifen, geht dann nicht. Die Frage ist, wie man hier anlasslos definiert. Wenn im Rahmen der Terrorbekämpfung anlasslos recherchiert wird, dann ist ja die Zielrichtung oft noch nicht eindeutig. Die kann aber auch noch nicht eindeutig sein, wenn man ein Lagebild über mögliche Bedrohungen bekommen möchte. Ist das also schon ein Anlass? Aus meiner Sicht muss es konkrete Hinweise auf Personen geben, um dann in deren Rechte tiefer einzugreifen. Erst dann ist es rechtlich sauber. Wir dürfen uns auch nur Programme einkaufen, die mit deutschem Recht vereinbar sind.

Wie wichtig ist die nachrichtendienstliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und den USA?

Eine Zusammenarbeit ist sicherlich hilfreich. Vor allem in Extremsituationen sind wir auf die Hilfe ausländischer Dienste angewiesen.



Ist die Zusammenarbeit durch die aktuelle Debatte gefährdet?
Ich glaube nicht, dass die Kooperation mit ausländischen Diensten gefährdet ist. Die Methoden müssen abgeglichen werden. Und es muss klar sein, auf welche Daten wir als Deutsche zurückgreifen dürfen. Unsere Partner müssen dann auch unsere Regeln einhalten.

Angeblich wurden mit NSA-Hilfe sieben Anschläge in Deutschland verhindert. Wie schätzen Sie aktuell die Sicherheitslage ein?

Dass Anschläge verhindert wurden, zeigt, dass Deutschland ein attraktives Land für Terroranschläge ist. Großes Infrastrukturnetz, hohe Menschendichte, starke Wirtschaft, weltweit hohes Ansehen. Wenn hier ein Anschlag passiert, dann würde das auch weltweit für Unruhe sorgen. Insofern ist Deutschland weiterhin ein gefährdetes Land.

Nach dem 11. September hat es keine gravierenden Anschläge gegeben. Ist die Bedrohung also geringer geworden?

Es hat gravierende Anschläge gegeben, London, Madrid und zahlreiche Anschläge außerhalb Europas, bei denen auch deut-

sche Staatsbürger zu Schaden kamen. Auch in Deutschland sind Menschen umgebracht worden. Hunderttausende deutsche Staatsbürger sind weltweit unterwegs, sei es als Urlauber oder beruflich Reisende. Zu ihrem Schutz müssen wir auch ein Interesse daran haben, dass terroristische Anschläge weltweit verhindert werden. Wenn in Deutschland oder auf unsere Bundeswehrangehörigen in Auslandsmissionen Anschläge verhindert werden konnten, dann ist das auch der internationalen Zusammenarbeit zu verdanken. Das sollte nie vergessen werden. Der 11. September ist auf deutschem Boden geplant worden. Wir müssen auch davon ausgehen, dass Islamisten aus Deutschland in Terrorcamps unterwegs sind, um sich ausbilden zu lassen. Wir stellen auch Reisebewegungen in aktuelle Bürgerkriegsgebiete, zum Beispiel nach Syrien, fest. Irgendwann werden die wieder zurückkommen, um möglicherweise auch bei uns Anschläge vorzubereiten und durchzuführen.

Sind unsere Fahndungsmethoden ausreichend, um mögliche Bedrohungen rechtzeitig zu erkennen?

Die Fahndungsmethoden sind nicht ausreichend, wenn es beispielsweise um die Möglichkeit geht, rückwirkend auf Telekommunikationsdaten zurückzugreifen, um terroristischen oder hochkriminellen Kontakten nachgehen zu können, mit Hilfe der Vorratsdatenspeicherung. Wenn es konkrete Hinweise auf terroristische Aktivitäten gibt, dann sind Spurensicherung und Beweisführung wichtig. Das geht im Moment leider nicht, weil wir keine Vorratsdatenspeicherung mit einer Mindestspeicherfrist haben.

Die Vorratsdatenspeicherung wird bis zum Ende der Legislaturperiode ungelöst bleiben. Ärgert Sie das?

Mich ärgert die Aussage, dass der Nutzen von Vorratsdatenspeicherung noch gar nicht bewiesen sei. Widersinnig ist auch der Vorschlag eines kurzfristigen Speicherverfahrens, das „Quick Freeze“. Denn es ist unmöglich, Spuren zu sammeln, wenn erst im Verdachtsfall die dann vorhandenen Daten eingefroren werden dürfen. Ohne Mindestspeicherfrist wird die Aufklärung von Verbrechen erheblich behindert. Wenn wir keine Daten haben, dann können wir auch nicht weiter ermitteln. Viele Bürger werden Opfer von Straftaten, die wir nicht aufklären können. Dabei geht es nicht nur um Terrorismus, sondern auch um Kinderpornographie, sexuellen Missbrauch, Arzneimittelkriminalität oder Organisierte Kriminalität.

Wie ist Ihre Erwartung an die nächste Bundesregierung?

Meine Erwartung ist, dass sich die nächste Bundesregierung darüber aufklärt, dass das flächendeckende Ausspähen von Bürgern, wie das derzeit im Zusammenhang mit den NSA-Aktionen diskutiert wird, in keinem Zusammenhang mit der Vorratsdatenspeicherung steht. Das sind sehr verschiedene Schuhe. Die NSA-Debatte hat uns leider in die Defensive gebracht, weil alles in einen Topf geschmissen wird. Das ist schädlich

GdP-Bundesvorsitzender Malchow im Interview

für uns. Die Politik sollte sich deshalb mit der Frage befassen, was die Vorratsdatenspeicherung für die tägliche Polizeiarbeit bedeutet. Wir fordern die Vorratsdatenspeicherung ja nicht zum Selbstzweck, um Datenfriedhöfe anzulegen. Wenn es politisch aber nicht gewollt ist, dann hat das zum Ergebnis, dass wir bestimmte Straftaten nicht aufklären können.

Ein Problem, vor allem für die Wirtschaft, ist die Internetkriminalität. Wie schätzen Sie diese Gefahr ein?

Das ist vor allem für kleine und mittelständische Betriebe ein Problem. Die können sich nicht wie große Unternehmen eine eigene Sicherheitsabteilung leisten und sich selber schützen, sondern müssen professionelle Hilfe einkaufen. Diese Firmen sind dann aus dem Netz heraus besonders angreifbar. Das geht von Wirtschaftsspionage bis hin zur Erpressung.

Wo sehen Sie noch Risiken?

Ins Visier von Hacker-Terroristen können auch große technische Infrastrukturen geraten. Dazu zählen sicherlich der öffent-

liche Nah- und Fernverkehr und die Energieversorgung. Wenn wir wochenlang kein Wasser oder keinen Strom haben, dann ist das ein Anschlag auf unser tägliches Leben. Es wäre auch ein Anschlag auf den Wirtschaftsstandort Deutschland. Denn wir sind ja gerade auch wegen unserer ausgefeilten Infrastruktur ein beliebtes Ziel für Investoren.

Ist die Polizei in der Lage, Cyber-Kriminelle aufzuspüren?

Natürlich müssen wir verstehen können, wie solche Hacker-Angriffe überhaupt möglich sind. Erst dann sind wir in der Lage Ermittlungen durchzuführen. Wir müssen eine Beweislage schaffen, die dann zum Täter oder einer Tätergruppe führt. Dazu müssen wir das Handeln der Täter verstehen. Normale Polizeibeamte können eine solche Aufgabe nicht bewältigen. Dazu sind Spezialisten, sogenannte Cyber-Cops nötig. Da hinken wir deutschlandweit deutlich zurück. Deshalb ist es widersinnig Stellen im Polizeibereich abzubauen. Wir haben bereits jetzt erhebliche Ermittlungsdefizite im Bereich der Internetkriminalität.

GdP gibt Auftrieb

Die Fußballmannschaft der VPI Würzburg-Biebelried wurde durch finanzielle Unterstützung der BG Unterfranken mit einem neuen Trikotsatz (Werbung mit GdP-Logo) ausgestattet.

Zum ersten Einsatz kamen die Trikots bei der achten Auflage des traditionellen Kleinfeldfußballturnier der ehemaligen PD Würzburg. Ausrichter war diesmal die PI Karlstadt. Das ausgeglichen besetzte Turnier gewann natürlich die Mannschaft mit dem schönsten Trikot, die VPI Würzburg-Biebelried.



Hinten v.l.:
Kristian Walloch,
Charly Popp,
Volker Konrad,
Markus Seifert,
Sebastian Hering;
vorne v.l.:
Holger Schmitt,
Holger Wieschal
(Torschützenkönig
mit 9 Toren),
Jürgen Pfau,
Michael Kraft

UNSER NEUER SERVICE FÜR GdP-MITGLIEDER



GdP Service GmbH



Unser Partner EUROMASTER ist führend in EUROPA bei Reifen, Felgen und Service! Gegen Vorlage des GdP-Mitgliedsausweises erhalten Mitglieder z. B. beim Reifenkauf je nach Fabrikat und Hersteller **bis zu 42%** auf den vom Hersteller empfohlenen Verkaufspreis.

Rechtzeitig vor der Urlaubsfahrt mit dem Auto empfehlen wir unseren GdP-Mitgliedern den „**Kostenlosen 10-Punkte MASTERCHECK** – inkl. Prüfbericht und einer abschließenden Beratung durch einen qualifizierten Mitarbeiter“ mit folgenden Leistungen:

- Reifen • Bremsen • Stoßdämpfer • Achsgeometrie • Bremsflüssigkeit • Fälligkeit der HU • Windschutzscheibe • Scheibenwischer • Motorenöl • Batterie

Weitere tolle Angebote und Leistungen in allen EUROMASTER-Filialen und unter www.euromaster.de

Infos unter: 089/578388-28

